

Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik (AGAPO): Pressefrühstück 24.1.2019  
„Soziale Sicherheit geht uns alle an!“

## Moderation: Alois Huber (FH St. Pölten, Departement Soziales)

### “Es geht uns alle an!“ (Barbara Bühler)

„Bevor ich selber krank geworden bin und meine Arbeit verloren hab, hätt ich nicht geglaubt wie schnell das geht...“

Das hat mir eine Betroffene erzählt, die nach 4 Bandscheibenvorfällen nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiten kann und da sie ständig Schmerzen hat auch keine Umschulung mehr schafft.

Sie ist auf die Notstandshilfe angewiesen und hat nun Angst davor, dass diese abgeschafft wird. Die mögliche Abschaffung der Notstandshilfe wäre für sie und viele andere ein weiterer Schritt nach unten, vor dem wir, die Mitglieder der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik warnen.

Deshalb haben wir Sie zum heutigen Pressefrühstück eingeladen:

### Zugänge zur Arbeit ermöglichen! (Maria Nirnsee)

In NÖ gibt es seit 2019 eine Reduzierung der Transitarbeitsplätze und Beratungsangebote in Sozialen Unternehmen aufgrund der Kürzungen des AMS Budgets. Dies betrifft alle Bundesländer massiv!

Aktive Arbeitsmarktpolitik darf nicht kaputtgespart werden. Die Rechnung bezahlen langzeitbeschäftigungslose Menschen und letztlich die gesamte Gesellschaft!

### Kürzungen betreffen in NÖ alle Sozialen Unternehmen!

Neben den Einschnitten für die betroffenen Menschen bedeuten die drohenden Kürzungen auch, dass in Jahrzehnten aufgebaute, gut funktionierende Strukturen der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit einem Schlag deutlich zurückgestutzt bzw. nicht mehr gefördert werden. Diese Organisationen und Sozialen Unternehmen beschäftigen seit mehr als 30 Jahren Menschen, beraten und bieten ihre Leistungen den FördergeberInnen an.

### Dreimal so viele Langzeitbeschäftigungslose wie vor zehn Jahren!

Mit dem Indikator der **Langzeitbeschäftigungslosigkeit** misst das AMS Österreich die Zahl jener Menschen, die sich in lange andauernder, verfestigter Arbeitslosigkeit befinden. Als langzeitbeschäftigungslos werden Personen bezeichnet, die beim AMS Österreich länger als 365 Tage in unterschiedlichen Arbeitsmarkt-Status vorgemerkt waren.

Dafür werden unter anderem Zeiten der Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche oder Schulungsteilnahme zu einem Geschäftsfall zusammengefasst und dieser erst nach einer Unterbrechung von mehr als 62 Tagen beendet.

Datenquelle: AMS Datenbank: <http://iambweb.ams.or.at/ambweb/>:

"langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose" in Österreich:		"langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose" in Niederösterreich:	
2008:	36.117 Personen	2008:	7.270 Personen
2018:	106.693 Personen	2018:	19.604 Personen

Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik (AGAPO): Pressefrühstück 24.1.2019  
„Soziale Sicherheit geht uns alle an!“

### **Arbeitslosigkeit kann Jede und Jeden treffen!**

Wer bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzt, kürzt an Hoffnungen, Perspektiven und Zukunftschancen“, warnt arbeit plus NÖ.

„Wir wissen, dass Ältere und benachteiligte Menschen auch bei anziehender Konjunktur schlechte Karten haben. Sie jetzt im Regen stehen zu lassen, ist der falsche Weg“!

### **Erwerbslose Menschen mit ihren Fähigkeiten wertschätzend begleiten und fördern**

Mit dieser Haltung arbeiten seit mehr als 30 Jahren die Sozialen Unternehmen und begleiten Menschen, die aufgrund verschiedenster Gründe (Gesundheit, Behinderung, Alter, lange Arbeitslosigkeit, Bildung, Mobilität, Armut,...) Unterstützung benötigen, um wieder im Erwerbsleben Fuß fassen zu können.

**Wir benötigen Angebote** an Kursen, Beratungs- und Bildungsmaßnahmen sowie die berufliche Integration in Sozialen Unternehmen, die speziell für langzeitarbeitslose Menschen ein wichtiges Sprungbrett zurück in das Erwerbsleben darstellt.

**Ermöglichen von gesellschaftlicher Teilhabe!** Arbeit ist sinn- und identitätsstiftend, bringt Perspektiven, Hoffnung, Sicherheit und Zukunftschancen – und wirkt in unserem gesellschaftlichen Miteinander (Inklusion)!

**Gesellschaftlicher Nutzen durch Aktive Arbeitsmarktpolitik.** Durch die SROI (Social Return of Investment) Studie der WU Wien wurde sichtbar, dass jeder Euro, der investiert wird, doppelt (2,1%) wieder in die Wirtschaft zurückfließt!

Kurzstudie: <https://www.quasi-noe.at/>

### **Kürzungen betreffen in NÖ alle Sozialen Unternehmen!**

Neben den Einschnitten für die betroffenen Menschen bedeuten die drohenden Kürzungen auch, dass in Jahrzehnten aufgebaute, gut funktionierende Strukturen der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit einem Schlag deutlich zurückgestutzt bzw. nicht mehr gefördert werden.

**arbeit plus NÖ** ist das Niederösterreichische Netzwerk von 30 gemeinnützigen Sozialen Unternehmen, die mit Beratung, Qualifizierung und Beschäftigung erwerbslose Menschen beim beruflichen (Wieder-)Einstieg unterstützen.

**Kontakt:** Maria Nirnsee, GF  
Daniel Gran Straße 36  
3100 St. Pölten  
[noe@arbeitplus.at](mailto:noe@arbeitplus.at)  
[www.noe.arbeitplus.at](http://www.noe.arbeitplus.at)  
Tel: 0676/88044888

Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik (AGAPO): Pressefrühstück 24.1.2019  
„Soziale Sicherheit geht uns alle an!“

## **Menschen mit Behinderung sind besonders armutsgefährdet (Rudi Dörr)**

„Arbeit kommt in unserer Gesellschaft ein sehr hoher Stellenwert zu. Die Beschäftigung dient nicht nur dazu, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sie ermöglicht auch ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.

In Österreich leben nach dem Ergebnis der letzten Mikrozensus-Befragung der Statistik Austria von 2015 etwa 1,34 Millionen Personen mit einer dauerhaften Beeinträchtigung, die für den Alltag und für das Berufsleben eine Vielzahl an Hindernissen mit sich bringen.

Menschen mit Behinderung sind beispielsweise häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen, da es für sie besonders schwierig ist, einen Arbeitsplatz zu bekommen.“

(Text: Sozialministeriumsservice – Homepage)

„Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen ist doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Das erhöht das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung für Menschen mit Behinderungen.“

(siehe Österreichischer Behindertenrat Positionspapier 2017)

Jahresarbeitslosenstatistik für Niederösterreich – Quelle: AMS

Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen

2010: 6.296 Personen

2014: 11.286 Personen

2018: 14.855 Personen

zum Vergleich

Personen ohne gesundheitliche Vermittlungseinschränkungen

2010: 38.819 Personen

2014: 42.322 Personen

2018: 37.623 Personen

Hier wird die massive Zunahme der Arbeitslosigkeit bei Menschen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkung über einen längeren Zeitraum ersichtlich .

Menschen mit Behinderungen und Armut

„Die Armutsgefährdungsquote von behinderten Personen ist mit 20 % fast doppelt so hoch wie die von nicht behinderten Personen (11 %). Behinderte Frauen haben eine um die Hälfte höhere Armutsgefährdungsquote als Männer (23 % zu 16 %). 11 % der Menschen mit Behinderungen sind manifest arm, bei den nicht behinderten Menschen sind es 4 %.

(Quelle: Österreichischer Behindertenrat Positionspapier 2017)

### **Kontakt:**

Rudolf Dörr-Kaltenberger,  
Fachbereichsleitung Berufliche  
Integration

## **Ein Angehöriger berichtet (Joachim Wagner)**

Ich bin Vater von 3 Söhnen und wohne mit Gattin, jüngstem Sohn und pflegebedürftiger Schwiegermutter im Zweifamilienhaus

Mein Sohn hat eine erhebliche Behinderung und arbeitet in Teilzeit mit derzeit € 732,- netto, denn mehr Arbeitszeit ist aufgrund der erheblichen Behinderung nicht möglich.

Ohne Beihilfe ist ein eigenständiges Leben, trotz Arbeit, nicht möglich. Er wäre schon jetzt auf die BMS - Aufstockung angewiesen. Das ist aber in der jetzigen Form nicht zumutbar.

Die Vermögensobergrenze ist einfach zu niedrig. Und dann beginnt's.

Nach drei Jahren erfolgt der Zugriff auf die Hypothek.

Nach Ableben seiner Oma wird eine Wohneinheit, zur Absicherung für ein eigenständiges Leben, an ihn überschrieben. Das bedeutet, die BMS belastet die Hypothek. Und ob das Auto dann auch als „Vermögenswert“ gesehen wird, ist zu befürchten.

Sollte unser Sohn arbeitslos werden, ist durch die bereits vor dem Arbeitsbeginn durch die PVA festgestellte Arbeitsunfähigkeit, kein Anspruch auf AMS Geld und sonstiger AMS Unterstützung gegeben. Somit ist er wieder, mit allen Nachteilen der BMS, auf diese angewiesen.

Im Falle einer (möglichen) späteren I-Pension wird die BMS beendet und es wird auf sein Eigenheim bzw. Auto zugegriffen.

Das bedeutet, unser Sohn arbeitet, zahlt SV – Beiträge, ist lohnsteuerpflichtig. Und trotz erfolgter Arbeitsleistung ist sein Weg in die Armut vorgezeichnet!!!

Wie soll da ein eigenständiges Leben gewährleistet sein. Unser Sohn arbeitet womöglich ein Arbeitsleben lang und muss die über Jahrzehnte erhaltene BMS Aufstockung zurückzahlen. Trotz lebenslanger Arbeit wird er also nie über die Armutsgrenze hinwegkommen.

Und mit dieser Tatsache als Eltern leben zu müssen ist niemandem zuzumuten. Schließlich sind wir immer früh aufgestanden um sich ein Eigenheim leisten zu können

## **Eine von Armut betroffene Frau berichtet:**

Die Erfahrungen aus der Beratung und Begleitung in der Beruflichen Integration bestätigen diese Fakten.

Fallgeschichte einer Klientin der Arbeitsassistentz beim Pressefrühstück:

Die Frau ist Notstandshilfebezieherin, welche 2016 ihren Wohnsitz von Wien nach Türnitz wechselte. Seit diesem Zeitpunkt ist sie arbeitssuchend am AMS Lilienfeld vorgemerkt.

Ihr Familienstand ist geschieden, mit der Trennung von ihrem Ehemann stellte sich ein hoher finanzieller Verlust ein, sie lebt nun alleinstehend und ist Mutter eines 23jährigen Sohnes.

## **Zusammenfassung, Ergänzung: Beate Wilthan**

Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik (AGAPO): Pressefrühstück 24.1.2019  
„Soziale Sicherheit geht uns alle an!“

## Arbeit muss sich wieder lohnen (Stefan Taibl)

Wir müssen die Armut bekämpfen, nicht die Armen.

Ja, ich stimme dem Bundeskanzler in einem Punkt zu, Arbeit soll sich (wieder) lohnen. Wenn also sowohl Löhne wie auch Mindestsicherung zu weit unter der Armutsgrenze sind, dann gibt es wohl nur zwei Dinge, die hier zu tun sind:

1. Für ausreichende Löhne sorgen.
2. Die Mindestsicherung, soll sie ihrem Namen gerecht werden, auf eine Höhe bringen, wo sie vor Armut und einer Negativspirale schützt.

Aber, was auf keinen Fall geht, die Spirale weiter nach unten schrauben. Mindestsicherung noch weiter zu reduzieren, und Löhne, obwohl man weiß, dass sie zu gering sind, unter der Armutsgrenze zu belassen.

Die Politik ist für Rahmenbedingungen zuständig. Rahmenbedingungen, auch was die Wirtschaft betrifft.

Da hat die Regierung Verantwortung, hier könnte, ja muss sie etwas tun.

Wir sind in Zeiten, wo wir immer noch eklatant hohe Arbeitslosigkeit haben.

Wo, z.B. in NÖ, etliche Firmen die letzten 2 Jahre zugesperrt haben, teilweise trotz schwarzer Zahlen.

Die Arbeitswelt ist in stetigem Wandel, die globalisierte Wirtschaft fordert immer mehr Burn Out-Opfer.

In all dieser Unsicherheit müssen wir alle uns wohl immer wieder Fragen: Wie sicher ist eigentlich mein Job? Aber auch, wie stabil ist eigentlich meine Gesundheit?

Das können wir wohl alle nicht hundertprozentig beantworten?

Umso mehr müssen wir uns für Löhne und die Absicherungen des sozialen Netzes einsetzen!

Wenn wir da die Regierung so werken lassen, wie sie es planen, dann wird das auch alle Beschäftigten negativ treffen.

Eine Armutsspirale wird in Gang kommen.

Wenn ich nicht sicher sein kann, dass bei Arbeitslosigkeit nicht auf mein Vermögen zugegriffen wird (wenn ich denn eins habe);

Wenn ich nicht sicher sein kann, dass ich bei Arbeitslosigkeit menschenwürdig existieren kann.

Wenn die Politik ihre Verantwortung nicht wahr nimmt, nämlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die mir Zugang zu Arbeit ermöglichen;

- Dann werde ich bereit sein alles, und zwar wirklich alles zu tun, um Arbeitslosigkeit zu entgehen.

Also auch zu Löhnen und Bedingungen arbeiten, die den arbeitsrechtlichen Standards

widersprechen und die arm und krank machen. Wenn es so ein Segment gibt, wird sich das

negativ auf alle Beschäftigte auswirken. Wenn diese Abwärtsspirale in Gang kommt, so wie von der Regierung geplant, werden wir alle es spüren.

**Kontakt:** Stefan Taibl, Betriebsrat PSZ GmbH ([s.taibl@psz.co.at](mailto:s.taibl@psz.co.at))

Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik (AGAPO): Pressefrühstück 24.1.2019  
„Soziale Sicherheit geht uns alle an!“

## Ein Vertreter aus der Privatwirtschaft berichtet: (Paul Kopler)

Aus Sicht der Wirtschaft ist es nach wie vor sehr wichtig, dass speziell bei Menschen, die aus welchem Grund auch immer (andauernde Krankheit, Arbeitslosigkeit, Umschulungen,...) längere Zeit vom Arbeitsmarkt fern blieben, attraktive Möglichkeiten zur Förderung angeboten werden. Dies hat in den ersten Monaten zum Ziel, die Einschulung adäquat gestalten zu können wie auch fehlende Qualifizierung nachzuholen, wobei diese Kosten nicht auf die Unternehmen abgewälzt werden dürfen. Die „Abwälzung“ der Kosten auf die Unternehmen bewirkt nur, dass sich die Unternehmen auf Grund des wirtschaftlichen Leistungsdrucks sich für Arbeitssuchende mit besserer Qualifikation entscheiden, was wiederum den ganzen Arbeitsmarkt nicht entlastet.

Kontakt: Paul Kopler (Vertreter Privatwirtschaft)

## Zusammenfassung- Ausblick: (Barbara Bühler)

„Leistungen wie das Arbeitslosengeld, die Notstandshilfe, Krankengeld, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung sind Grundmauern sozialer Sicherheit, die auch in schwierigen Zeiten Halt geben.

Wir nehmen mit wachsender Sorge wahr, dass an diesen Grundmauern gerüttelt wird und warnen davor das Fundament sozialer Sicherheit zu gefährden, denn ein Aushöhlen dieses Fundaments nimmt uns allen Halt!“

Ein Angriff auf die Systeme der sozialen Sicherheit gefährdet uns alle:

Wir setzen uns als NÖ Armutsnetzwerk unter anderem in der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik dafür ein, dass die Systeme der sozialen Sicherheit stabil und verlässlich sind, dort wo sie soziale Sicherheit bieten und verbessert und neu gestaltet werden, wo sie diese Sicherheit derzeit nicht bieten.

Es geht uns alle an!

### Kontakt:

Barbara Bühler  
Koordinatorin und Obfrau NÖ Armutsnetzwerk  
Sprecherin Arbeitskreis Arbeitsmarktpolitik (AGAPO)  
[armut\\_in\\_noe@gmx.at](mailto:armut_in_noe@gmx.at)  
0650/ 37 577 81